
ZUKUNFTS(T)RÄUME
GENERATIONENGEPRÄCHTE ZU OSTDEUTSCHLAND

ERGEBNISPROTOKOLL

14. April 2021 von 16 – 19:30 Uhr

Open Space 2 – Respekt für Arbeit und Neuer Sozialstaat

Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Protokoll: Chantal Häge

Hintergrund

Massenarbeitslosigkeit seit den 1990-Jahren und die Schwäche der Gewerkschaften führte in Ostdeutschland zu einem Gefühl der Ohnmacht und Mangels an Respekt bei einer ganzen Generation an Beschäftigten. Auch die Agenda 2020 traf den Osten hart, insbesondere die älteren Generationen. Den Jüngeren stehen hingegen angesichts der überalterten Gesellschaft und dem Fachkräftemangel mehr Wege offen. Es scheint sogar eine Neue Arbeiterbewegung Ost zu entstehen, die streikt, neue Rechte einfordert und höhere Löhne erkämpft.

Fragestellungen

Wie muss ein Neuer Sozialstaat konzipiert sein, um Beschäftigten gerade im Osten sowohl mehr Respekt, Macht und Sicherheit zu geben als auch die Ungerechtigkeiten der letzten 30 Jahre zu reparieren? Wie können gleichzeitig die sozialen Sicherheitsbedürfnisse und den neue Selbstermächtigungsanspruch der jüngeren Generationen nicht aus den Blick verloren werden?

Podiumsteilnehmer_innen

Daniela Kolbe	MdB und stellv. Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung
Katja Barthold	IG Metall Mannheim
Dr. Christian Demuth	Moderation

Im Rahmen der Veranstaltung *Zukunfts(t)räume Generationengespräche zu Ostdeutschland* der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. April 2021, die online über Zoom stattfand, beschäftigten sich die Teilnehmenden im *Open Space 2 – Respekt für Arbeit und Neuer Sozialstaat* mit der zentralen Frage, wie ein neuer Sozialstaat konzipiert sein müsste, um Beschäftigten gerade im Osten sowohl mehr Respekt, Macht und Sicherheit zu geben als auch die Ungerechtigkeiten der letzten 30 Jahre zu reparieren. Der Moderator **Dr. Christian Demuth** führte in die Thematik ein und legte dabei den Fokus auf Soziales und Gerechtigkeit. Beide Begrifflichkeiten kämen in der Pandemie aktuell zu kurz. Er bat **Daniela Kolbe** um eine Auseinandersetzung mit der Frage: Was sind die Unterschiede von Ost und West in Arbeit und Sozialem und leitete die Frage danach an **Katja Barthold** weiter, die im Anschluss den Praxisbezug und die Frage: Gibt es überhaupt Unterschiede, beantwortete.

Daniela Kolbe nahm zu Beginn eine Generationenbeschreibung vor. Damals sind unzählige Industriearbeitsplätze weggebrochen, diese Traumata würde die Generation der *Arbeitsspartaner* treffen, die jetzt kurz vor der Rente stehen. Teilweise könnten einige nie wieder einen Arbeitsplatz finden. Viele seien froh gewesen, überhaupt irgendeine Art von Arbeit und damit Sicherheit gefunden zu haben. Die Agenda 2010 hatte die Bevölkerung weiterhin unter Druck gesetzt und eine Benachteiligung Ostdeutschlands wurde weiterhin verstärkt. Die mangelnde Wertschätzung dieser Generation sei für viele Betroffene bis heute spürbar. Nichtsdestotrotz nimmt sie eine positive Entwicklung in der Bevölkerung wahr. Die jüngere Generation scheint zwar teilweise geprägt von der Generation ihrer Großeltern zu sein, aber versuchen ihre eigenen Wege zu gehen. Alle gemeinsam werden einen neuen Sozialstaat prägen, der Heilung für Ostdeutschland bringen kann. **Albrecht Gerber** aus dem Plenum ergänzte, dass die junge Generation eine ganz andere Arbeitsmarktsituation vorfinden würde. Junge Menschen sehen sich oft an einem anderen Punkt in der Gesellschaft und nehmen ihre Aufgabe nicht direkt in der Gewerkschaft wahr. Vielmehr versuchen sie ihre Vorstellungen direkt mit ihrem Chef zu vereinbaren. Das stehe völlig im Kontrast zur Generation der *Arbeitsspartaner*. **Dr. Peggy Mädler** (Autorin, Dramaturgin, aus dem Plenum) ergänzte zu einem späteren Zeitpunkt, dass die ältere Generation Sozialstaatlichkeit und Pflicht zur Arbeit anders sah. Arbeit mit einer hohen Arbeitsmoral und Disziplin stand im Vordergrund. Diese Generation würde in manchen Bezügen die Arbeitsmoral und Voraussetzungen der jüngeren Generation nicht verstehen. Sie sprach von einer Neubewertung der Situation der jüngeren Generation. Durch Verständnis und Argumentation könne man Versuchen der älteren Generation zu erklären, dass es doch schön sei, dass sie so viel zum Guten verändert und es mehr Unterstützungen gäbe. **Dr. Christian Demuth** sprach daraufhin die Bewusstwerdung der eigenen Prägungen an (Woher komme ich?)

Die in Karl-Marx-Stadt geborene **Katja Barthold** zog nach ihrem Studium in Jena in den Westen nach Baden-Württemberg. Die Mentalität der Arbeiterstadt Mannheim ist ähnlich wie die in Chemnitz. Zwar seien in Chemnitz alte Fabriken zu Kultureinrichtungen umfunktioniert worden, diese werden in Mannheim noch betreiben. Sie verwies darauf, dass in Ostdeutschland vier Millionen Menschen damals ihre Arbeit verloren hatten und 3.713 Betriebe schließen mussten.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland seien deshalb enorm. Teilweise fanden Fabrikbesetzungen statt, die jedoch wenig bewirkten. Die bis heute Verbliebenen in den intakten Unternehmen sind sehr identifiziert mit ihrer Arbeit und dem/der Arbeitgeber_in. Problematisch ist jedoch, dass die meisten Unternehmen keine Eigentümer vor Ort mehr haben, sondern von nationalen und internationalen Holdings aufgekauft wurde. **Katja Barthold** sprach dadurch die entstandenen Entfremdungserfahrungen an, die über einen sozialen Aspekt (1) und über das Unternehmen (2) spürbar werden („In dem Unternehmen, indem ich eine Ausbildung gemacht habe, ist mir inzwischen fremd.“). Die Menschen müssten verstehen lernen, dass sie die Gewerkschaft sind und das nur sie zusammen als Belegschaft kämpfen könnten. Leider sei dieser zielorientierte Gemeinschaftsgedanke verloren gegangen, gerade im Vergleich zu Westdeutschland, die bereits eine 35 Stundenwoche und bessere Löhne erreicht hätten. **Daniela Kolbe** stellte die Frage, ob ein Verständnis in Ostdeutschland für Gewerkschaften fehlen könnte? Sie verwies, dass Verhandlungen über Gewerkschaften und Unternehmen stattfinden würde und die Politik das nicht einheitlich steuern könne. Jedoch würde oft die Politik verantwortlich gemacht. Sie fragte sich, ob erst ein Erfolg kommen müsse und anschließend Mitglieder nachkämen, damit das Vertrauen in die Gewerkschaften gesteigert werden könne. **Katja Barthold** bestätigte, es könne nur für die Mitglieder neue Verträge verhandelt werden. Es könne erst zu einem Flächentarif kommen, wenn über die Hälfte der Mitarbeiter_innen Mitglied in Gewerkschaften sind. Das gilt auch für Haustarife. Diese Zusammenarbeit zwischen Mitarbeiter_innen und Gewerkschaften fehle oft in Ostdeutschland. Sie betonte, dass es auch an der Begrifflichkeit *Gewerkschaft* liegen könne. Erst waren damals alle Mitglieder, anschließend seien alle froh gewesen, nicht mehr irgendwo teilnehmen zu müssen und dadurch sei diese Art der Gewerkschaftskultur verloren gegangen. **Katja Barthold** nannte als möglichen Grund Unwissenheit, also ein fehlendes Verständnis für die Wichtigkeit der Gewerkschaften.

Dr. Christian Demuth ergänzte, dass man den/die Chef_in nicht als Verhandlungspartner_in, sondern durch die Sozialisierung als Teammitglied sehen würde. Deswegen würde der/die Verhandlungspartner_in (Chef_in) in den Hintergrund rücken und die Politik würde als Gegner_in gesehen. Er stellt eine Frage in die Runde, inwiefern man aus dieser Passivrolle wieder herauskommen könne. **Sven Vollrath**, aus dem Plenum, setze auf ein positives Hoffnungsnarrativ. Ihn beschäftigte es sehr, dass fundamental nicht verstanden wurde, dass wer Veränderungen möchte, der muss sich einbringen („Wer sich nicht organisiert, der wird nicht stark!“). Er betonte, wir seien mitten in einer Industrierevolution und müssen mit Bildung und Aufklärung in die Richtung gehen, in der sich demokratische Züge entwickeln können. Es müsse das Urprinzip verstanden werden, wie Demokratie wirklich funktioniere. Für diese Entwicklungen sollten wir uns einsetzen.

Katja Barthold sprach den Nostalgiefaktor an. Früher war alles organisierter und sozialisierter, aber mit dem heutigen Neoliberalismus: „Du musst nur besser sein als andere, dann wirst du schon was.“, würde man nicht erfolgreich sein. Sie betonte, es sei nicht Ost gegen West, sondern Oben gegen Unten. Es würde oft nur betont werden, dass Ost und West eine

unterschiedliche Geschichte hätte, aber da wäre auch sehr viel Gemeinsames und sprach die teilweise auch sehr schlechten Arbeitsbedingungen in westlichen Unternehmen an. Der Unterschied sei eben, dass Westdeutschland auf eine andere gewerkschaftliche Kultur blicken würde. **Franziska Richter** griff daraufhin die Unterscheidung nicht nach Ost gegen West auf, sondern sprach den Konflikt zwischen den Generationen an. Genauso stellte sie die Rolle der Frau und deren unterschiedliche Arbeitsmoral in den Fokus. **Katja Barthold** bemängelte die teilweise schlechten Kita-Bedingungen in Westdeutschland. Sie glaube aber nicht an einen Rückgang der Rolle der Frau.

Anna-Katharina Friedrich, aus dem Plenum, sah ihre Familiengeschichte in dem bisher Beschriebenen und betonte, wir müssen uns alle zusammenschließen und gemeinsam etwas erreichen. Das gemeinsame Kämpfen auf der Straße und viele Demonstrationen hatte in der Vergangenheit leider nichts gebracht. Was vielleicht dazu führte, dass viele nur noch ihre eigenen Interessen vertreten. Zukünftig dürfte betrachtet werden, wie Gewerkschaften und Politik das besser integrieren könne. **Ronja Neumann**, eine 17-jährige Abiturientin aus dem Plenum, hatte oft das Gefühl, nicht in der Politik gehört zu werden. Viele Jugendliche fühlten sich nicht verstanden. Es sei nicht nur die Aufklärung, sondern auch das fehlende Vertrauen und Wissen. Sie sprach auch die schlechte politische Ausbildung in der Schule an.

Daniela Kolbe betonte abschließend, dass es Mut abverlangen würde, etwas zu riskieren und sich einzusetzen. Erst würden die Erfolge nötig sein und anschließend Ergebnisse eintreten. Sie schlug vor, Erfolgsgeschichten der Gewerkschaften bzw. einzelner Personen in Ostdeutschland zu bewerben (Spotlight). Danach müsste es weitere Schritte geben, indem der Sozialstaat alle einbezieht und leistungsgerecht Grundrente und Mindestlohn sichert. Man müsse Menschen begleiten und coachen. Der Wunsch wäre eine sozialere Gemeinschaft, in der den anderen nichts geneidet wird.